



VEREIN FÜR SOCIALPOLITIK

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

KONTAKT:

Dr. Karolin Herrmann

(Geschäftsführung)

Tel.: +49 (0) 30 / 20 45 96 01

Fax: +49 (0) 30/20 67 92 37

Email: karolin.herrmann@socialpolitik.org

Geschäftsstelle

Mohrenstraße 59

10117 Berlin

URL: <http://www.socialpolitik.org>

PRESSEMITTEILUNG:

Nach den Sommerferien: Zurück in Schule und Kindergarten!

Berlin, 29. Juli 2020 – In einem fachübergreifenden Zusammenschluss von sechs Organisationen aus den Bereichen Medizin, Psychologie, Bildung, Erziehung und Ökonomie fordert der Verein für Socialpolitik die kontrollierte Wiederaufnahme des regulären Betriebs von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen nach den Sommerferien.

In einer gemeinsamen Stellungnahme setzen sich die Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, die Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin (DGKJ), die Deutschen Gesellschaft für Psychologie (DGPs), die Gesellschaft für Empirische Bildungsforschung, der Verein für Socialpolitik und die Stiftung Kindergesundheit für eine kontrollierte Wiederaufnahme des regulären Betriebs von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen mit Beginn des neuen Schuljahrs ein – immer unter angemessenen Schutzmaßnahmen vor COVID-19-Erkrankungen.

„Keiner der in Deutschland gewählten Schritte gegen die Corona-Pandemie betrifft so viele Menschen wie die Schließung von Kita und Schule: Wir sprechen hier von über 11 Millionen Kindern, denen in den letzten Monaten enorme Einschränkungen zugemutet wurden“, erläutert Kinder- und Jugendarzt Prof. Dr. Berthold Koletzko, Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin (DGKJ) und Stiftung Kindergesundheit. Dabei würden sich die aktuellen Pandemiepläne an Influenza-Erkrankungen orientieren, bei denen Kinder besonders stark betroffen sind. Im Gegensatz dazu ist die Zahl der durch SARS-CoV-2 infizierten und der symptomatisch erkrankten Kinder im Vergleich zu Erwachsenen sehr niedrig.

„Für die Öffnung von Kitas und Schulen gibt es wissenschaftlich erarbeitete Schutzkonzepte, die zum Beispiel über konstante Gruppenzusammensetzung und unter Beachtung von Hygieneregeln ein Angebot mit möglichst geringen Einschränkungen ermöglichen“, führt Prof. Koletzko aus.

Prof. Dr. Oliver Dickhäuser von der Deutschen Gesellschaft für Psychologie (DGPs) ergänzt: „Kinder und Jugendliche müssen soziale Kompetenzen entwickeln dürfen, sie brauchen den Austausch miteinander. Schulen und Kindertageseinrichtungen sind zentrale Orte, in denen dieser Kompetenzerwerb stattfindet.“

„Insgesamt tragen Kinder und Jugendliche in der aktuellen Krise eine hohe Last, die zwar kurzfristig nicht direkt sichtbar ist, die sich aber langfristig in weitreichenden Folgen zeigen kann“, erklärt Prof. Dickhäuser. Er fügt hinzu: „Die Schließungen von Bildungseinrichtungen treffen nicht alle Kinder gleich, denn bestehende Unterschiede werden durch die Einschränkungen verstärkt. Die größten Nachteile entstehen Kindern und Jugendlichen mit besonderem Unterstützungsbedarf oder bei geringem familiären Rückhalt.“ Für einige Kinder und Jugendliche habe die bisherige starke Einschränkung von Bildungs- und Betreuungsangeboten zu

teils gravierenden negativen Effekten auf die psychische, soziale und gesundheitliche Verfassung geführt.

Mit der Stellungnahme fordern die unterzeichnenden Organisationen die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, Kinder und Familien wesentlich stärker in den Fokus ihrer politischen Überlegungen zu stellen. Zudem müssten Schulen besser gerüstet sein für den digitalen Unterricht durch didaktisch hochwertige Konzepte.

Alarmierend, da sind sich die Expertinnen und Experten aus Gesundheit und Bildung einig, seien auch die wirtschaftlichen Konsequenzen aus Bildungslücken durch fehlende Schuljahre: Laut einer Szenarienrechnung könne allein der Lernausfall von einem Drittel Schuljahr in Deutschland einen langfristigen volkswirtschaftlichen Schaden von 2,5 Billionen Euro verursachen, heißt es in der Stellungnahme.

Die gemeinsame Stellungnahme wurde von der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin (DGKJ), der Deutschen Gesellschaft für Psychologie (DGPs), der Gesellschaft für Empirische Bildungsforschung, dem Verein für Socialpolitik und der Stiftung Kindergesundheit erarbeitet.

[Hier](#) kommen Sie zur Stellungnahme.

Hintergrund:

Mit rund 4.000 persönlichen und institutionellen Mitgliedern ist der Verein für Socialpolitik eine der größten Vereinigungen von Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftlern in Europa. Die Mitglieder des Vereins für Socialpolitik stammen aus aller Welt, sind jedoch zum größten Teil in Deutschland, Österreich und der Schweiz beheimatet. Als Dachorganisation von und für Ökonomen unterschiedlichster politischer und fachlicher Ausrichtung bezweckt der Verein die Erörterung wissenschaftsspezifischer und -politischer Fragestellungen sowie die Pflege internationaler Beziehungen innerhalb der Fachwissenschaft.

In [seiner Pressemitteilung vom 29. April 2020](#) hatte der Verein für Socialpolitik bereits erklärt, dass Nachwuchswissenschaftlerinnen mit Betreuungsverpflichtungen für junge Kinder von den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie besonders betroffen sind. In [einem Brief an die Vorsitzenden der Kultusministerkonferenz](#) und der Hochschulrektorenkonferenz, an die Präsidenten der Leibniz-Gemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft sowie an die Präsidentin der Deutschen Forschungsgemeinschaft haben die derzeitige VfS-Vorsitzende Prof. Nicola Fuchs-Schündeln, Ph.D. und Prof. Dr. Dorothea Kübler verschiedene Maßnahmen zur gezielten Entlastung von Nachwuchswissenschaftlerinnen mit Kindern gefordert.